

kämen hierfür in Frage: 1. Senkung des Preisniveaus und 2. Neuorientierung der Erzeugung. Mit scharfen Worten wandte sich der Redner gegen die Herrschaft der Monopole und insbesondere gegen die Monopolstellung der internationalen Kartelle, die Preisentwertung durch die Arbeitnehmerindikatoren und die staatlichen Eingriffe auf dem Wege einer weitgehenden Schutzpolitik. Europa leide gegenwärtig an einer außerordentlichen Hemmung der Entwicklung des Handels, sowie an Herabdrückung des Lebensstandards großer Teile der Bevölkerung infolge übertriebener Preisentwicklung. Die Wirtschaft müßte von allen Monopolerscheinungen befreit werden. Die Mobilmachung neuer Kapitalien für die Wirtschaft sei erforderlich. An den großen wirtschaftlichen Krisenerscheinungen litt jetzt in erster Linie Deutschland und England.

Abreise der russischen Delegation aus Genf?

Wie der Genfer Vertreter einer Berliner Zeitung aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, erscheine es der russischen Delegation für die Weltwirtschaftskonferenz gegenwärtig unmöglich, ihre Arbeit aufzunehmen. Es habe sich herausgestellt, daß die außerordentlich scharfen Überwachungsmaßnahmen der Polizei weniger auf ihren persönlichen Schutz berechnet seien, als zu ihrer Isolierung der Kontrolle dienen sollten. Die Bewegungsfreiheit der Delegation solle nicht nur in der Stadt, sondern auch innerhalb des Hotels beschränkt sein. Die Gespräche der russischen Wirtschaftsvertreter würden über eine Polizeistation geleitet und durch diese überwacht. Die Russen scheinen daher ernstlich zu erwägen, ob sie nicht unverrichteter Sache abreisen sollen. Donnerstag früh werde zwischen der russischen Delegation und dem Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, noch eine Unterredung stattfinden, von deren Verlauf man immerhin noch die Beilegung des Konfliktes erhoffe.

Stegerwald über die Aufgaben der deutschen Politik

Wien, 5. Mai. Der ehemalige Ministerpräsident Stegerwald hatte gestern eine Zusammenkunft mit Bundeskanzler Seipel und mehreren christlich-sozialen Parteiführern.

Einem Journalisten gegenüber erklärte Stegerwald, das Ziel der deutschen Politik liege in der Eingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft. Deutschland müsse daher mit den Westmächten ebenso gute Beziehungen unterhalten wie mit Rußland und insbesondere zu einem Ausgleich mit Polen kommen. Von der Weltwirtschaftskonferenz dürfe man nicht viel mehr erwarten, als die Sicherung der Stabilität der erschütterten Währungen und eine gewisse Reform des europäischen Zollsystems. Eine der für Deutschland wichtigsten Fragen sei die Anschlußfrage, die von Frankreich und Italien falsch beurteilt werde. Sie dürfe keine Frage der Machtpolitik sein, sondern eine Frage der nationalen Ehre und Freiheit. In Deutschland selbst müsse der Kampf um die Durchsetzung der Kultur- und Wirtschaftsdemokratie gehen, die die Revolution dem deutschen Volk schuldig geblieben sei. Der marxistischen Theorie müsse die Aufgabe entgegengehalten werden, daß nur die Wirtschaft gedeihen könne, an der Tausende selbständig erwerbende Personen interessiert seien. Wenn es gelinge, die Unternehmer vor der Notwendigkeit zu überzeugen, die Arbeitnehmer durch höhere Löhne für die Aufrechterhaltung und Fortentwicklung der Wirtschaft zu interessieren, dann werde der marxistische Idealismus überwunden werden.

Die Arbeitslosenversicherung vor dem Sozialpolitischen Ausschuss.

Berlin, 4. Mai. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages setzte heute nachmittag die Beratung der Arbeitslosenversicherung beim § 70 fort, der bestimmt, daß die Arbeitslosenunterstützung für Sonntage nicht bezahlt wird und daß in be-

sonderen Fällen die Arbeitslosenunterstützung ganz oder teilweise in Sachleistungen gewährt werden kann. Der Paragraph wurde im wesentlichen entsprechend der Regierungsvorlage angenommen. Auch die weiteren Paragraphen wurden ohne wesentliche Änderungen angenommen. Die Sitzung wurde dann auf Donnerstag vertagt.

Die Präsidentenwahl in der Tschechoslowakei.

Prag, 4. Mai. Heute hat Ministerpräsident Svehla die offiziellen Beratungen mit den Mehrheitsparteien über die Präsidentenwahl aufgenommen. Er teilte den Mehrheitsparteien mit, daß er die Wiederwahl des Präsidenten Masaryk unter Koalitionszwang stellen wolle. Die Antworten der einzelnen Parteien sollen im Laufe der Woche erfolgen.

Neue Enthüllungen des Giornale d'Italia.

Rom, 4. Mai. Das Giornale d'Italia meldet aus Fiume, daß im südlawischen Hafen Sussak ein französischer Dampfer, von Marseille kommend, eingetroffen sei, der ausschließlich mit Kriegsmaterial (Munition, Motoren und Teilen für Flugzeuge) beladen gewesen sei. Eine von einem südlawischen General geführte Militärkommission habe die Ausladung des Materials überwacht, das mit einem Sonderzug nach Belgrad befördert worden sei, zwei weitere Dampfer mit Kriegsmaterial seien von Marseille avisiert.

Neue Entlassungen deutscher Lehrkräfte in Oberschlesien.

Kattowitz, 4. Mai. An dem staatlichen Minderheitsgymnasium in Königshütte sind vier und an der Oberrealschule drei deutsche Lehrkräfte, die jahrzehntelang an der Schule tätig waren, seitens der Schulabteilung der Wojewodschaft gekündigt worden. Man betrachtet in den Kreisen der deutschen Elternschaft diese Maßnahme als erneute Schikane gegen die deutschen Schulen und die Kündigung beim Präsidenten Calonder und bei dem Wojewoden Protest einzulegen.

Die Lage in China.

Paris. Nach einer Meldung der Agentur Indo-Pacifique aus Peking hat Tschangschin sämtliche Geheimgesellschaften schließen und ihre Führer in Peking verhaften lassen. Derselbe Agentur berichtet aus Peking: Die Mutdentruppen, die auf Santau marschieren, haben fünf abtrünnige Brigaden in erale gefangen genommen, die zur Beurteilung nach Peking übergeführt wurden. 4000 Mann wurden gleichfalls festgenommen. Auf dem Jangtse wurden zwei britische Kriegsschiffe beschossen. Ein Mann wurde verwundet.

Schwierigkeiten einer neuen Aufwertung.

Beratungen im Rechtsausschuss.

Der Rechtsausschuss des Reichstages beschäftigte sich wieder mit der Aufwertungsfrage. Nachdem einige vom Abgeordneten Best gestellte Änderungsanträge, die die Grundzüge der Aufwertungsgefeßgebung ändern wollten, mit den Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt worden waren, da ihre Annahme nach Ansicht der Mehrheit des Ausschusses technisch undurchführbar sei, beschäftigten sich auch einige Minister mit dieser Angelegenheit, die vom Ausschuss erbracht worden waren, ihren Standpunkt zu der voraussichtlichen Auswirkung einer Änderung der Aufwertungsgefeßgebung darzulegen. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius kam bei seinen Darlegungen zu dem Ergebnis, daß eine Änderung der gegenwärtigen Aufwertungsgefeßgebung

höchst gefährdend

sei, da der gesamte inländische und internationale Verkehrsverkehr seit 1925 darauf gegründet habe, daß eine Änderung der damals festgelegten Verhältnisse nicht mehr eintreten würde. Eine Enttäuschung dieser Anschauung müsse dazu führen, daß

auch in Zukunft eine Neuordnung nicht als endgültig angesehen würde. Eine Änderung der Aufwertungsgefeßgebung würde zu neuen großen Ungerechtigkeiten,

in vielen Fällen sogar zu einer entschädigungslosen Enteignung hinführen. Reichsbankpräsident Dr. Schacht vertrat die Meinung, daß ein Rütteln an der gegenwärtigen Aufwertungsgefeßgebung das Fundament der heutigen Kreditwirtschaft erschüttern würde. Eine Aufwertung der Reichsbanknoten sei aus rechtlichen und praktischen Gründen ganz unmöglich. Bis 1922 sei

die alte braune Type der Tausendmarktscheine

gedruckt worden. Es sei unmöglich, festzustellen, mit welchem Geldwert die einzelnen Noten von der Reichsbank ausgegeben worden sind. Reichsbanknoten im Nennwert von 128 Milliarden sind heute noch uneingelöst, während das ganze Vermögen der Reichsbank noch einmal eine Milliarde ausmacht. Im Prozeßwege ist bis jetzt die Aufwertung von über 600 000 Mark Banknoten von der Reichsbank gefordert worden mit der Behauptung, daß die Banknoten vor dem Kriege ausgegeben worden seien. Es konnte aber jetzt schon festgestellt werden, daß davon 500 000 Mark erst nach dem Kriege ausgegeben worden sind. Vom Ausschuss wurden schließlich Anträge der Oppositionsparteien, die in einzelnen Fällen eine höhere Aufwertung verlangten, abgelehnt, da, wie auch Reichsjustizminister Dr. Herzig ausführte, das Wirtschaftsleben nicht von neuem aufs Schwerste beunruhigt werden dürfe.

Politische Rundschau Deutsches Reich

Der Wiederzusammentritt des Reichstages.

Der Reichstag tritt, wie nunmehr endgültig feststeht, zu seiner ersten Sitzung nach den Osterferien am nächsten Dienstag, den 10. Mai, zusammen. Die Einberufung ist bereits wieder durch den Reichstagspräsidenten Löbe erfolgt, dessen erste Amtshandlung nach seiner schweren Erkrankung sie ist. Auf der Tagesordnung steht das Luftverkehrsabkommen mit der Tschechoslowakei, der Gesetzentwurf über die Abänderung der am 20. Mai 1875 in Paris unterzeichneten Internationalen Meterkonvention, der Gesetzentwurf über ein Abkommen zwischen dem Deutschen Reich, Belgien, Frankreich und Italien betr. die gegenseitige Anerkennung der Beschußzeiten für Handfeuerwaffen, ferner der Bericht des Handelspolitischen Ausschusses über die Anträge betr. das Verbot der Verwendung von Gefrierfleisch zur Wurstfabrikation. Der Präsident behält sich vor, gegebenenfalls weitere Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Wie mitgeteilt wird, entbehrt die Nachricht, daß der Gedanke des Reiches daran sei, von den zuständigen Stellen aufgegeben worden sei, jeder Begründung.

Berlin. Die Kommunisten haben im Reichstage einen Antrag eingebracht, durch den der Reichspostminister ersucht wird, die geplante Erhöhung des Briefportos und der übrigen Postgebühren nicht vorzunehmen und von einer Vorlage an den Verwaltungsrat der Reichspost abzusehen.

Berlin. Der Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei findet in diesem Jahre am 21. und 22. September in Königsberg i. Pr. statt.

Deßau. Im Anhaltischen Landtag gab namens der Staatsregierung Minister Dr. Weber die Erklärung ab, daß nun hat seinen Vertreter im Reichstag beauftragt werde, gegen den Abschluß eines Konkordates zu stimmen.

Wilm. Erzbischof Kardinal Dr. Schulte ist seit einigen Tagen infolge einer Überanstrengung erkrankt. Die Ärzte haben ihm Schonung auferlegt. Sein Zustand gibt jedoch zu keinerlei Beforgnis Anlaß.

Paris. Der englische Fischdampfer „Gabriela“ ist mit einer Ladung Alkohol im Werte von 1 200 000 Dollar an Bord im Hafen von New York beschlagnahmt und die Besatzung von 30 Mann verhaftet worden. Man glaubt, daß man einer Bande auf die Spur gekommen sei, die längs der ganzen Atlantischen Küste Alkohol geschmuggelt hat.

Um Hans Gildenherz.

Roman von Wolfg. Marken

Urheber-Rechtsschutz durch Verlag Oskar Meister, Werdau, Sa.

31) (Nachdruck verboten)

In diesem Augenblick pochte es.

„Herein!“

Die Tür wurde geöffnet, und zwei Polizisten traten ins Zimmer.

„Was wünschen Sie?“ fragte Popper ärgerlich.

„Wir suchen Mister Schulze.“

Der Deutsche trat vor. „Und?“

Der Policeman überreichte ihm ein amtliches Schreiben. „Befehl des Gouverneurs. Mister Schulze werden mit sofortiger Wirkung aus Ohio verwiesen.“

„Machen Sie keine faulen Witze, meine Herren!“

„Ich muß Sie bitten, uns sofort zu folgen. Wir bringen Sie im Auto nach Cincinnati, und von dort aus werden Sie mit der Bahn fortgebracht.“ sagte der Policeman.

„Sehr nett, meine Herren. Wollen Sie mir nicht sagen, wer den Ausweisungsbefehl beantragt hat?“ fragte Schulze.

„Mister Wall, wegen Aufwiegelung der Arbeiterschaft und Uebertretung des Prohibitionsgefeßes.“

Direktor Popper war entsetzt.

„Um Gottes Willen, was machen wir da? Sie können doch nicht fort von hier.“

„Keine Sorge, Direktor“, lachte Schulze. „Sie sind im Bilde, und als Führer erhalten Sie Bob Huxley, meinen Freund. Ich fahre jetzt gleich mit nach Cincinnati und rede selbst mit dem Gouverneur. Bestimmt bin ich rechtzeitig wieder da.“

„Ja, ja! Machen Sie es so. Das paßt aber miserabel. Miserabel!“ Popper war ganz ratlos.

„Meine Herren“, sagte dann Schulze höflich zu den Polizisten. „Sie sehen, das Zimmer hat keinen Ausgang. Bitte ziehen Sie sich ins Vorzimmer zurück. Ich komme mit Ihnen, auf Ehrenwort. Nur um eine halbe Stunde bitte ich Sie. Die muß ich haben.“

Schulzes Auftreten wirkte. Die Policemen zogen sich ins Vorzimmer zurück.

Bob war nach zwanzig Minuten da. Noch einmal wurden alle Einzelheiten des Planes erwogen. Es mußte klappen. Dann schüttelte Schulze den beiden die Hand.

Und nach Cincinnati ging.

12.

Der Präsident der Union, Benjamin Croffing, wohnte einem Gesellschaftsabend bei dem bekannten Millionär Walthour bei.

Die glänzendste Gesellschaft von Washington war vertreten. Man unterhielt sich ausgezeichnet, denn der Präsident war ein feiner, taktvoller Mann, und es wußten alle, die ihn kannten, aern in seiner Nähe.

Auch heute entzückte er seine Freunde durch seine vortreffliche Dialogführung. Er war ständig von einem Kreis umlagert, bis sein Sekretär, Mr. Bebington, kam und ihn eine Depesche überreichte.

„Ist es so wichtig, mein lieber Bebington? Ich habe auf nichts Amtliches mehr Appetit“, sagte der Präsident ein klein wenig verstimmt.

„Nichts Amtliches, Herr Präsident. Etwas ganz Kurioses“, antwortete der Sekretär sehr verbindlich.

„Dann zeigen Sie einmal her.“

Er nahm die Depesche und las sie topfschüttelnd, steckte sie ein und steuerte dann direkt auf den Hausherrn zu.

„Sagen Sie, mein lieber Walthour, ich möchte heute abend gern unsere Station hören. Können Sie Ihren Radioapparat einschalten?“

Mr. Walthour sah überrascht den Präsidenten an.

„Gern, Herr Präsident. Was gibt's denn Interessantes?“

„Ich weiß es nicht. Cincinnati verspricht über Schenectady eine Sensation zu bringen, und da ich außerdem telegraphisch eingeladen worden bin, zu hören, möchte ich es nicht verläumen. Ich bin ein klein wenig neugierig.“

Beide lachten.

„Was kann aus Cincinnati Gutes kommen?“

„Und wenn schon! Ich bin gespannt. Ich bin von Washington eingeladen worden. Und in Washington sind die Morefield-Werke. Ich habe drum ein besonderes Interesse.“

„Ganz recht, Washington!“ entfuhr dem Hausherrn.

„Washington! Uebrigens, dort ist ja die vergangene Nacht ein furchtbares Verbrechen verübt worden.“

Der Präsident stutzte, überlegte dann: „Verbrechen? — Ich weiß nichts davon. Zu meiner Schande muß ich gestehen, daß ich heute noch keinen Blick in die Zeitungen getan habe. Schlimm, Mr. Walthour. Erzählen Sie mir, was in Washington passiert ist.“

„Man hat die Belegschaft und einige Insassen des Gefängnisses, darunter den früheren Oberingenieur der Morefield-Werke, mit Blausäuregas vergiftet.“

Erschrocken stand der oberste Beamte der Union. Er schüttelte den Kopf. Unfassbar erschien es ihm. Dann erschraf er heftig.

„Sagen Sie — wissen Sie den Namen des Oberingenieurs?“

„Ich glaube — Gildenherz.“

„Um Gottes Willen! Das ist — ja furchtbar. So ist er tot. Gildenherz tot.“

Ganz verstört war der Präsident, winkte seinen Sekretär. „Mr. Bebington, was ist mit Gildenherz?“

Der war verlegen. „Ich bitte um Verzeihung, Herr Präsident. Ich vergaß, Sie zu unterrichten. Gildenherz ist allerdings einem Anschlag zum Opfer gefallen.“

Der Präsident ließ sich seufzend in einen Sessel nieder und schüttelte den Kopf. Er war tief bedrückt.

„Es ist furchtbar, so furchtbar! Da sind wir mit unserem Telegramm an die Polizeidirektion zu spät gekommen, Bebington.“

„Ich muß es annehmen, Herr Präsident.“

Der Präsident erhob sich wieder und reichte dem Gastgeber die Hand. „Nehmen Sie es nicht für ungut, lieber Walthour, aber die Meldung hat mich so erschüttert, daß ich mich zurückziehen möchte.“

„Herr Präsident wollten doch die Radiosensation aus Cincinnati hören.“

Unschlüssig stand der höchste Beamte der Union eine kurze Weile, dann entschied er sich.

„Richtig, das wollte ich. Gut, mein lieber Walthour. Wir wollen hören, was uns Cincinnati zu sagen hat.“

Der Apparat wurde daraufhin eingestellt.

Gespannt saß die ganze Gesellschaft und wartete auf die Sensation.

Punkt halb neun Uhr brach der Washingtoner Sender seine Darbietungen ab und kündigte eine Uebertragung von Cincinnati an.

Das Signal von Cincinnati ertönte in monotoner Folge. Noch sieben Minuten mußte man warten, bis sich Cincinnati meldete.

„Hallo, hallo, Cincinnati Rundfunk“, begann die sonore Stimme des Direktors Popper aus dem Apparat. „Wir beginnen mit unserer Uebertragung.“

Alle lauschten gespannt.

„Wir bringen Ihnen eine Sensation aller Sensationen, und hoffen, damit der Union einen Dienst zu leisten. Die Uebertragung erfolgt aus dem Laboratorium der Morefield-Motor-Company in Washington. Unsere Uebertragung will Ihre Aufmerksamkeit auf den Vernichtungskampf des Autotruffs, vor allem der Forst-Company gegen die trufffreie Motor-Company in Washington lenken. Der Kampf wurde von dem Truff in einer so scheußlichen Weise geführt, daß wir uns verpflichtet fühlen, der Nation die Augen zu öffnen. So wollen wir unsere Uebertragung nennen: Das Verbrechen von Washington. Hallo, hallo, unsere Uebertragung, das Verbrechen von Washington beginnt.“

Die Zuhörer sahen sich voll höchster Spannung an. Der Präsident fühlte eine zunehmende Erregung in sich aufsteigen.

Die Stimme aus dem Trichter sprach weiter:

„Hans Gildenherz, der frühere Oberingenieur der Morefield-Werke, hat das Elektromobil mit der leichten Batterie erfunden. Seine Erfindung, die ausprobiert wurde, ist weltumwälzend, denn das Elektromobil kostet nur ein Drittel des billigen Autos und hat wenig unter Reparaturen zu leiden. Gildenherz war verpflichtet, die Erfindung der Morefield-Motor-Company in Washington zur Ausnutzung zu überlassen. Er mißtraute aber dem Generaldirektor Wall der Morefield-Motor-Company und legte heimlich eine Telefonleitung von des Generaldirektors Privatkontor in sein eigenes Laboratorium. Tagelang belauschte Gildenherz den Generaldirektor Wall und stellte fest, daß Wall die Morefield-Werke an den Autotruff verriet.“

Stärkste Bewegung unter den Zuhörern.

(Fortsetzung folgt.)